

nahme zur KiKK-Studie: „Mögliche Unsicherheiten zum Stand des gegenwärtigen Wissens werden im Bewertungsbericht der SSK nicht diskutiert.“ Die Meinung, daß radioaktive Strahlung „grundsätzlich nicht“ oder daß Strahlung nicht kausal mit dem Anstieg des Erkrankungsrisikos in Zusammenhang stehe, werde „vom BfS in dieser Stringenz nicht geteilt“. Es falle schwer nachzuvollziehen, auf welcher fachlichen Grundlage „ein Umweltfaktor mit nachgewiesenem leukämogenem bzw. karzinogenem Potential wie Strahlung“ von der weiteren Diskussion „grundsätzlich“ ausgeschlossen werde „und statt dessen über unbekannte Umweltfaktoren spekuliert wird“, monieren die Fachleute des Bundesamtes für Strahlenschutz.

Zweifel an der Seriosität der Strahlenschutzkommission

Die IPPNW fordert nun Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) dazu auf, die bestehenden Strahlenschutzgrenzwerte an den tatsächlichen Stand des Wissens über Niedrigdosisstrahlung anzupassen und hierbei das Vorsorgeprinzip anzuwenden, wonach im Zweifelsfall Grenzwerte drastisch abzusenken sind.

Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW hält es für abwegig, die nachweislich krebsauslösende Wirkung inkorporierter radioaktiver Partikel in Frage zu stellen, wie es der Tenor der SSK-Stellungnahme impliziert. „Wir haben massive Zweifel an der Unabhängigkeit der Strahlenschutzkommission“, so IPPNW-Arzt Thiel. „Die SSK-Stellungnahme ist nicht seriös.“

Nach Auffassung der IPPNW ist auch nicht zu akzeptieren, daß der Vorsitzende der Strahlenschutzkommission, Professor Dr. Rolf Michel, Jour-

nalisten gegenüber behauptet, als Ursache kämen Pestizide in Betracht, obwohl das Mainzer Kinderkrebsregister, das die Kinderkrebsstudie (KiKK-Studie) durchführte, mit einer zusätzlich durchgeführten Fall-Kontrollstudie Pestizide als Ursache verneint hat. „Herr Michel hat mit seinen Äußerungen gegenüber der Öffentlichkeit eine Grenze überschritten. Mit seriöser Wissenschaft hat das nichts zu tun“, so Thiel.

Inzwischen fordern Anwohner Entschädigungen für den Wertverlust ihrer Grundstücke im 50-Kilometer-Umkreis der Atomkraftwerksstandorte und Eltern Hilfen bei der Umsiedlung ihrer Familien. Es dürfe nicht sein, daß unschuldige Kinder weiterhin auf archaische Weise zu Opfern gemacht werden. Th.D.

Die vollständige Stellungnahme der Strahlenschutzkommission zur KiKK-Studie ist zu finden unter www.bfs.de/de/kerntechnik/kinderkrebs/sskbericht57.pdf

Die vorläufige fachliche Bewertung des SSK-Berichts durch das BfS ist abrufbar unter www.bfs.de/de/kerntechnik/kinderkrebs/Stellungnahme_SSK

Die gutachterliche Stellungnahme zur KiKK-Studie im Auftrage des BfS der Professoren Jöckel, Greiser und Hoffmann vom März 2008 ist abrufbar unter www.bfs.de/de/kerntechnik/Qualitaetspruefung.html

Ausführliche Dokumentation zur Kinderkrebsstudie (KiKK-Studie) unter www.strahlentelex.de/kinderkrebs_bei_atomkraftwerken.htm

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

IPPNW und BUND informieren die Bevölkerung

In Vortragsveranstaltungen informieren die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW und der BUND für Umwelt und Naturschutz die Bevölkerung:

- Am Samstag, 8.11.2008 in Darmstadt, 14-18 Uhr, Mollerbau, Karolinenplatz 3. Der Eintritt ist frei.
- Am Mittwoch, 12.11.2008 in 89278 Nersingen, 20 Uhr, Evang. Gemeindezentrum, Dorfstraße.
- Am Samstag, 22.11.2008 in Augsburg, 10:30-18:30 Uhr, Im Annahof 4, Fachtagung für UmweltschützerInnen, Anmeldung Raimund Kamm, Verein FORUM, kamm@atommuell-lager.de, 10 EUR Kostenbeitrag.

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

Studie zu Kinderkrebs um Schweizer Kernkraftwerke gestartet

Die Arbeiten zur Schweizer Studie über Krebserkrankungen bei Kindern mit Wohnort in der Nähe von Kernkraftwerken sind im September 2008 angelaufen. Die sogenannte CANUPIS-Studie wurde von der Krebsliga Schweiz und vom Schweizerischen Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegeben. Sie wird vom Schweizer Kinderkrebsregister in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern und der Schweizerischen Pädiatrischen Onkologie Gruppe (SPOG) durchgeführt. Die Ergebnisse sollen 2011 veröffentlicht werden. Das erklärte die Krebsliga Schweiz in Bern in einer Medienmitteilung vom 9. September 2008.

Betrachtet werden soll die Gesamtheit der zwischen 1985 und 2007 in der Schweiz geborenen Kinder und berücksichtigt werden sollen neben dem Wohnort, an dem die an Krebs erkrankten Kinder zum Zeitpunkt der Diagnose leb-

ten, auch alle früheren Wohnorte bis zurück zur Geburt der Kinder. Das Schweizer Kinderkrebsregister registriert seit 1976 landesweit alle Krebserkrankungen bei Kindern und wird am Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern geführt. Zum Vergleichen sollen Daten über gesunde Kinder aus der «Swiss National Cohort» verwendet werden, ein „gesamtschweizerischer anonymer Datensatz, der auf Volkszählungen von 1990 und 2000 sowie auf weiteren Statistiken beruht“, teilt die Krebsliga mit. Offenbar soll keine ordentliche Fall-Kontrollstudie durchgeführt werden. Außerdem bleibt unklar, ob die Anzahl von Krebsfällen im Umkreis der schweizerischen Reaktoren ausreicht, um eine vergleichbare Risikoerhöhung wie in Deutschland überhaupt nachweisen zu können. Denn die Atommeiler konzentrieren sich in der Schweiz auf lediglich zwei Standorte, nicht auf 16 wie in Deutschland. So haben sich die Experten in der Schweiz wohl eine ordentliche Stichprobenkalkulation gespart. Die offiziellen Angaben zur Methodik auf der Homepage www.canupis.ch sind zu dürftig.

Die Studie soll 820.000 Franken kosten, die von der Krebsliga Schweiz und vom Schweizerischen Bundesamt für Gesundheit zu gleichen Teilen sowie von den Stromproduzenten Axpo und BKW aufgebracht werden. Eine international zusammengesetzte Begleitgruppe aus sechs Experten aus Frankreich, den Niederlanden, Deutschland, Grossbritannien, den USA und der Schweiz, soll die wissenschaftliche Qualität und Unabhängigkeit der Studie garantieren – und zwar aus Deutschland ausgerechnet die Chefin des Mainzer Kinderkrebsregisters, die damit bekannt geworden ist, daß sie die Ergebnisse aus ihrem Hause kleinzureden versucht..